

3730/J XX.GP

der Abg. Haller, Mag. Haupt, Dr. Salzl  
an die Bundesministerin für Frauenfragen und Verbraucherschutz  
betreffend Maßnahmen gegen " Elektosmog"

Seit 1989 erkundigen sich freiheitliche Abgeordnete bei den zuständigen Bundesministern über die Auswirkungen von Richtfunksendern, Radaranlagen und ähnlichen Errungenschaften auf Mensch, Tier und Pflanze. Anfangs wurden die Probleme vollkommen negiert, dann erfolgten ausweichende Antworten, schließlich wurden die Abgeordneten mit der dreibändigen ÖFZS-Studie abgespeist. Diese Studie beschränkt sich in ihren Schlußfolgerungen weitgehend auf thermische Wirkungen, auf deren dokumentierter Basis Sicherheitsgrenzwerte festgesetzt werden können. Weitere mögliche Effekte, z.B. kanzerogene, hämatologische, immunologische Wirkungen, sonstige athermische Effekte auf Herzschrittmacher, das Nervensystem usw. werden z.T. vernachlässigt, z.T. verharmlost.

Da sich nun auch eine zweite Oppositionsfraktion dieses Gefahrenpotentials, insbesondere durch Mobilfunknetze, angenommen hat, stellt die Bundesministerin für Frauenfragen und Verbraucherschutz zwar die Vorlage eines Bundesgesetzes zum Schutz der Gesundheit von Menschen vor Schäden durch nicht-ionisierende Strahlen noch für heuer in Aussicht, spricht sich aber aus finanziellen Gründen strikt gegen nationale Forschungsprojekte aus und verweist, daß Fragen der Haftpflicht im Zusammenhang mit solchen Anlagen in den Kompetenzbereich des Bundesministers für Justiz fallen.

Es wäre aber notwendig, sowohl im Veterinär - als auch im Humanmedizinbereich jene Erkrankungsfälle genau zu dokumentieren, die nicht direkt auf organische Ursachen zurückzuführen sind, diese Fälle auf ihre mögliche Exposition mit nichtionisierenden Strahlen hin zu überprüfen und diese Beobachtungen in die internationalen Forschungsprojekte ICNIRP und WHO - EMF zwecks fälliger Aktualisierung einzuspeisen. Die Effekte solcher internationalen Gremien sollten nicht nur in einer Intensivierung der Reisetätigkeit höherer Ministerialbeamter bestehen, sondern in konkreten Maßnahmenempfehlungen münden.

Daher richten die unterzeichneten Abgeordneten an die Frau Bundesministerin für Frauenfragen und Verbraucherschutz die nachstehende

Anfrage:

1. Wie hoch wäre der finanzielle Aufwand für eine Dokumentation jener Erkrankungsfälle, die nicht direkt auf organische Ursachen zurückzuführen sind,
  - a) für den Humanbereich,
  - b) für den Veterinärbereich ?
2. Wie hoch wäre der finanzielle Aufwand, diese Fälle auf ihre mögliche Exposition mit nichtjonisierenden Strahlen hin zu überprüfen
  - a) für den Humanbereich,
  - b) für den Veterinärbereich ?
3. Da ab heuer im Rahmen des Gesundheitsförderungsgesetzes jährlich 100 Millionen Schilling für Gesundheitsdokumentation und Datenvernetzung im Fonds "gesundes Österreich" zur Verfügung stehen werden:

Werden Sie versuchen, mit der Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales zu vereinbaren, diese wichtige Aufgabe der Überprüfung von Auswirkungen nichtionisierender Strahlen anhand konkreter Fälle aus diesem Förderungstopf finanzieren zu lassen ?
4. Sollten Sie dies schon versucht haben:

Was war das Ergebnis Ihrer diesbezüglichen Verhandlungen mit der Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales ?
5. Ist Ihrem Ressort bekannt, welche der
  - a) im ICNIRP,
  - b) im WHO - EMF - Projekttätigen Fachleute gleichzeitig in Diensten der einschlägigen Anlagenindustrie und - anwendung stehen ?
6. Welche „anderen Projekte" (AB 3411, Pkt.4) sollen gemeinsam mit dem WHO - EMF - Projekt die nichtthermischen Effekte elektromagnetischer (einschließlich gepulster) Felder „mit hohem finanziellem Aufwand unter koordinierter Nutzung möglicher Synergien auf internationaler Ebene“ untersuchen ?
7. Wie hoch ist der finanzielle Aufwand bzw. der österreichische Anteil daran an diesen verschiedenen Projekten ?
8. Wann ist mit den von Ihnen angesprochenen neuen WHO - Empfehlungen zu rechnen ?